LANDKREIS
ERLANGEN-HÖCHSTADT

Niederschrift

über die

6. Sitzung des Kreistages

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin:	Montag, den 18.01.2021
Sitzungsbeginn:	10:00 Uhr
Sitzungsende:	12:30 Uhr
Ort, Raum:	in der Aischtalhalle in Höchstadt a. d. Aisch, An der Steige 5, 91315 Höchstadt a. d. Aisch

Anwesend sind:

Landrat
Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion
Kreisrat Matthias Düthorn — ab 10:07 Uhr, während TOP I/2; bis 12:20 Uhr, während TOP I/5
Kreisrätin Regina Enz
Kreisrat Thomas Fischer
Kreisrat Karl-Heinz Hertlein
Kreisrätin Gabriele Klaußner
Kreisrat Jan König
Kreisrat Helmut Lottes
Kreisrätin Andrea Louzil
Kreisrat Stefan Müller
Kreisrat Ludwig Nagel
Kreisrat Walter Nussel
Kreisrat Uwe Pöschl
Kreisrat Franz Rabl
Kreisrätin Dr. med. Ute Salzner
Kreisrätin Ruthild Schrepfer
Kreisrat Alexander Schulz
Kreisrat Bernhard Schwab
Kreisrat Michael Schwägerl
Kreisrat Norbert Stumpf
Kreisrat Gerhard Wölfel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kreisrat Manfred Bachmayer
Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam
Kreisrätin Gabriele Dirsch
Kreisrätin Lydia Göbel
Kreisrat Georgios Halkiás
Kreisrat Wolfgang Hirschmann
Kreisrätin Dr. Silke Kreitz
Kreisrätin Astrid Marschall
Kreisrätin Retta Müller-Schimmel
Kreisrätin Ursula Schmidt

FW-Fraktion
Kreisrat Gerald Brehm
Kreisrätin Irene Häusler
Kreisrat Dr. Martin Oberle
Kreisrat Herbert Saft — bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
Kreisrat Michael Schölkopf
Kreisrat Günter Schulz
Kreisrat Bernhard Seeberger
Kreisrat Ludwig Wahl
Kreisrat Dr. Manfred Welker

SPD-Fraktion
Kreisrat Konrad Gubo
Kreisrat Dr. German Hacker
Kreisrat Andreas Hänjes
Kreisrätin Annika Mück
Kreisrätin Renate Schroff
Kreisrätin Martina Stamm-Fibich
Kreisrätin Mechthild Weishaar-Glab — bis 12:10 Uhr, während TOP I/5

AfD-Fraktion
Kreisrat Christian Beßler
Kreisrätin Beatrice Bieger
Kreisrat René Jentzsch

JU-Fraktion
Kreisrat Nico Kauper
Kreisrat Konrad Körner
Kreisrat Maximilian Stopfer

FDP-Fraktion
Kreisrätin Britta Katharina Dassler
Kreisrat Michael Dassler

LÖP
Kreisrat Manfred Reinhart

Gäste/Sachverständige

1. Bürgermeister Rudolf Braun	Gemeinde Weißenohe; bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
1. Bürgermeisterin Ilse Dölle	Markt Eckental; bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
1. Bürgermeisterin Astrid Kaiser	Gemeinde Buckenhof; bis 11:15 Uhr nach TOP I/2
1. Bürgermeister Martin Walz	Markt Neunkirchen am Brand; bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
Georg Förster	Sprecher der Initiative „LIBOS“ (Landkreisübergreifendes Interkommunales Bündnis Ostast StUB); bis 11:15 Uhr, nach TOP I/2
Birgit Herbst	bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
Daniel Große-Verspohl	Geschäftsleiter Zweckverband Stadt-Umland-Bahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach; bis 11:15 Uhr, nach TOP I/2
Anatol Kiesel-Peiker	Staatliches Bauamt Nürnberg; bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
Sophie Bermüller	Bermüller+Niemeyer Architekturwerkstatt; bis 12:24 Uhr, nach TOP I/5

Verwaltung

Oberverwaltungsrat Marcus Schlemmer	
Verwaltungsamtmann Markus Vogel	
Regierungsdirektor Manuel Hartel	
Regierungsdirektorin Anne-Marie Müller	bis 12:27 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Kreisbaumeister Thomas Lux	bis 12:24 Uhr, nach TOP I/5
Beschäftigte Stephanie Mack	bis 12:27 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigte Martina Schunk	bis 11:46 Uhr, nach TOP I/3
Baurat Dieter Mußack	bis 11:52 Uhr, nach TOP I/4
Verwaltungsrat Norbert Walter	bis 12:24 Uhr, nach TOP I/5
Beschäftigter Oliver Jäger	bis 11:52 Uhr, nach TOP I/4
Beschäftigter Michael Fugmann	
Verwaltungshauptsekretärin Paulina Lettenmeier	

Schriftführerin
Regierungsamtsrätin Birgit Stolla

<u>Nicht anwesend sind:</u>

CSU-Fraktion
Kreisrat Andreas Galster

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kreisrätin Doris Diehl-Grüm
Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet

FW-Fraktion
Kreisrat Karsten Fischkal
Kreisrat Manfred Wiehgärtner

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses

2. Stadt-Umland-Bahn (StUB)-Ostast;

2.1. Anträge des "landkreisübergreifenden interkommunalen Bündnisses für die StUB im Schwabachtal" (LIBOS) sowie der kreisangehörigen Gemeinden Buckenhof, Eckental, Heroldsberg, Marloffstein, Spardorf und Uttenreuth

2.2. Antrag der Freien Wähler-Kreistagsfraktion vom 30.12.2020; Aushändigung und Vorstellung der Nutzen-Kosten-Untersuchung unter Einbeziehung des Ostastes vom März 2020

3. Bundesstraße 2, Ortsumgehung Forth (Markt Eckental); Mögliche Anbindung der Kreisstraße ERH 9 an die geplante Ortsumgehung (B2)

4. Investitionsplanung 2021 - 2024 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau

5. Dienststelle des Landratsamtes in Höchstadt a. d. Aisch; Vorstellung des Gutachtens zur Machbarkeit einer Generalsanierung im Vergleich zu einem möglichen Neubau und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen

6. Abschluss einer Abstimmungs- und einer Nebenentgeltvereinbarung mit den Dualen Systemen

II. Nicht öffentliche Sitzung

…….

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 07.01.2021; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gratuliert Landrat Tritthart im Namen des Landkreises Erlangen-Höchstadt dem ehemaligen langjährigen Kreisrat und MdL Herrn Dr. Christoph Maier zur Feier seines 90. Geburtstages und Herrn Kreisrat Karl-Heinz Hertlein zur Wahl zum Ersten Bürgermeister der Gemeinde Weisendorf.

I. Öffentliche Sitzung

1. Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

In den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Erlangen-Höchstadt wird als beratendes Mitglied aus dem Bereich Polizei Herr Matthias L i n k berufen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 55 Nein: 0 Anwesend: 55**

2. Stadt-Umland-Bahn (StUB)-Ostast;

2.1. Anträge des "landkreisübergreifenden interkommunalen Bündnisses für die StUB im Schwabachtal" (LIBOS) sowie der kreisangehörigen Gemeinden Buckenhof, Eckental, Heroldsberg, Marloffstein, Spardorf und Uttenreuth

Den Mitgliedern des Kreistages liegen zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie der Antrag der Initiative LIBOS (Landkreisübergreifendes interkommunales Bündnis Ostast StUB) vom 30.09.2020 vor.

Landrat Tritthart begrüßt den Sprecher der Initiative LIBOS, Georg Förster (ehemals Erster Bürgermeister der Gemeinde Buckenhof) und den Geschäftsleiter des Zweckverbandes Stadt-Umland-Bahn (StUB) Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach, Daniel Große-Verspohl und teilt mit, dass sich Frau Mandry vom Zweckverband Verkehrsverbund Nürnberg (ZVGN) entschuldigt habe. Im Weiteren verweist Landrat Tritthart auf die umfassende Vorberatung des Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Kreisausschusses vom 14.12.2020 mit dem daraus resultierenden Empfehlungsbeschluss an den Kreistag. Der Geschäftsleiter des Zweckverbandes Große-Verspohl erläutert nachfolgend im Rahmen einer Präsentation die Entstehung des Zweckverbandes StUB, den Ostast, das sog. L-Netz und insbesondere auch die eingetretenen Veränderungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und deren Auswirkungen, insbesondere auf die finanzielle Förderung des Ostastes. Aufgezeigt werden zudem die weiteren notwendigen Schritte für eine Einbeziehung des Ostastes der StUB in die weiteren Verfahren. In Abstimmung mit dem ZVGN geht Herr Große-Verspohl auch auf die im Antrag der Freien Wähler vom 30.12.2020 aufgeworfenen Fragen zu den veränderten Rahmenbedingungen seit dem Bürgerentscheid im Jahr 2015 ein, die den nächsten Tagesordnungspunkt dieser Sitzung betreffen. Die Präsentation ist der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt. Zum Nord-West-Ast der StUB Richtung Höchstadt a. d. Aisch wird darauf hingewiesen, dass dieser in der Netzkonzeption 1993 (Obermeyer-Studie) enthalten ist, aber damals nicht mehr weiterverfolgt wurde. Diesbezüglich stehe man am Anfang.

Landrat Tritthart führt aus, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger habe sich 2015 gegen eine Beteiligung des Landkreises Erlangen-Höchstadt an der StUB

ausgesprochen. Der Bürgerentscheid habe für ein Jahr eine Bindungswirkung gehabt, in welcher der Landkreis keine gegenteilige Entscheidung treffen durfte. Auch nach Ablauf der Bindungswirkung bestehe der Bürgerentscheid wie ein Beschluss des Kreistages weiter. Es gehe daher heute darum, zunächst zu entscheiden, ob sich der Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt erneut mit der StUB beschäftigt. Landrat Tritthart vertritt dazu die Ansicht, dass dies aufgrund der deutlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen erfolgen solle. Die Fördermittel für derartige Verkehrsprojekte seien deutlich erhöht worden. Im Gegensatz zu 2015 würden jetzt auch die Strecken mit Schienenverlauf auf der Straße berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund habe der Kreisausschuss am 14.12.2020 beschlossen, den Landrat und die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Zweckverband „Stadt-Umland-Bahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach“, dessen Verbandmitgliedern sowie dem Landkreis Forchheim in Verhandlungen einzutreten, um die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine Beteiligung des Landkreises zur Vorbereitung der Aufnahme des StUB-Ostasts in den Fördermittelzuschussantrag des Zweckverbandes StUB zu klären. Weiterhin wurde als Ergebnis der Vorberatung im Kreisausschuss am 14.12.2020 der Empfehlungsbeschluss um die Nr. 2 ergänzt, wonach aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen deren Auswirkungen auf einen Höchstadt-Ast unabhängig davon eruriert werden sollen. Landrat Tritthart macht deutlich, es gehe jetzt nicht um die Festlegung einer Trasse. Hinsichtlich des Antrages der Kreistagsfraktion der Freien Wähler vom 30.12.2020 äußert Landrat Tritthart an deren Fraktion gerichtet die Ansicht, für die heutige Entscheidung habe Geschäftsleiter Große-Verspohl alle notwendigen Fragen beantwortet.

Darauf folgend teilt Landrat Tritthart mit, der Sprecher der Initiative LIBOS, Georg Förster, habe darum gebeten, ihm das Wort zu erteilen. Die Mitglieder des Kreistages zeigen sich damit einverstanden. Im weiteren Verlauf erklärt Herr Förster als ehemaliger langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Buckenhof kenne er das Verkehrsthema im Osten sehr genau. Es gebe aus seiner Sicht einen klaren Handlungsbedarf, da die Kapazitäten der Busse irgendwann nicht mehr ausreichen werden. Dabei gehe er von einem Realisierungszeitraum für die StUB von ca. zwei Jahrzehnten aus. Nachdem das Thema seit 2015 geruht habe, haben sich im April 2018 insgesamt 14 Gemeinden aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt, Forchheim und die Stadt Erlangen zur Initiative LIBOS „landkreisübergreifendes interkommunales Bündnis Ostast StUB“ zusammengeschlossen. Als deren Sprecher sei er am 24.07.2020 erneut bestätigt worden. Es herrsche über Gemeindegrenzen hinweg Einigkeit, dass mit der StUB und einem möglichen Anschluss an die Gräfenbergbahn eine attraktive, umweltfreundliche, klimaschonende und deshalb zukunftsfähige Form der Mobilität gesichert werden könne, von deren Verzahnung und Synergieeffekten der gesamte Großraum Nürnberg-Nordost, „Erlanger-Osten“ sowie die Städteachse der Metropolregion mit den Städten Nürnberg, Erlangen, Herzogenaurach und auch Fürth profitieren würden. Es gehe nun darum, eine positive befürwortende Entscheidung zu treffen, damit der StUB Ostast beim Zuschussantrag des Zweckverbandes StUB der Städte Nürnberg, Erlangen, Herzogenaurach noch rechtzeitig im Jahr 2021 berücksichtigt werden könne. Hierfür sei auch der Beitritt mindestens einer am Ostast beteiligten Institution zum Zweckverband StUB zu klären. Hierzu hatte bereits der Geschäftsleiter Große-Verspohl in seinem Vortrag deutlich gemacht, dass damit der Realisierungswille gegenüber dem Bund als Fördergeber zu dokumentieren wäre.

Aus dem Gremium nimmt zunächst Kreisrat Dr. Hacker Stellung und verdeutlicht seine verschiedenen funktionalen Rollen zur Thematik StUB, als Erster Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach, die Mitglied des Zweckverbandes StUB ist und bis vor einiger Zeit auch als Vorsitzender dieses Zweckverbandes. Kreisrat Dr. Hacker ergänzt, mit dem Bürgerentscheid im Jahr 2015 sei die StUB in Gänze

abgelehnt worden, d. h. auch der Ast nach Herzogenaurach. Die Stadt Herzogenaurach habe dieses Projekt danach vollständig übernommen. Die GVFG Verbesserungen haben sich damals bereits abgezeichnet, waren aber noch nicht gesichert gewesen. Die Stadt Herzogenaurach habe erhebliche Vorleistungen erbracht und die Kosten vollständig allein getragen. Eine Zeitverzögerung bis hin zu einer politischen Gefährdung der StUB oder der Fördersituation für den Kernbereich L-Netz könne keinesfalls hingenommen werden. Es gehe nun darum die Situation auch hinsichtlich des Antrages der Kreistagsfraktion der Freien Wähler zu klären. Die Stadt Herzogenaurach habe bereits erhebliche Eigenleistungen erbracht und werde keine Mehrkosten mehr tragen. Diese in mehrfacher Hinsicht komplexe Situation müsse nun vom zuständigen Juristen bearbeitet werden.

Von Seiten der Kreistagsfraktion der Freien Wähler erklärt stv. Fraktionsvorsitzender Schölkopf, dass gegen den Beschlussvorschlag keine Einwände bestehen. Die GVFG-Änderungen seien antragsgemäß erläutert worden. Sprechen müsse man jedoch noch über die Unterhalts- und Betriebskosten, insbesondere wer diese zu welchem Anteil übernimmt. Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler vertrete auch weiterhin die Ansicht, dass nach einer Untersuchung des Ostastes der StUB und der anstehenden Verhandlungen erneut die Bürgerinnen und Bürger befragt werden müssen. Geschäftsleiter Große-Verspohl erläutert, von den Betriebskosten müssen die Fahrgeldeinnahmen abgesetzt werden. Der verbleibende Betriebskosten-zuschuss hänge von zahlreichen Faktoren z.B. auch von den Auswirkungen der Einführung des 365 Euro-Tickets ab. Die Werte werden derzeit geschätzt auf Höhe der Kosten für ein Stadtbussystem. Diese liegen etwas höher als für Überlandbusse. Eine genaue Ermittlung finde erst am Ende des Planungsprozesses im Rahmen einer Folgekostenermittlung statt. Den Landkreis Erlangen-Höchstadt betreffe ein Streckenanteil am Ostast von ca. 39 %. Derzeit sei eine Aufteilung der Betriebs-kosten nach Fahrplan-km im Zweckverband StUB vorgesehen, d. h. dort wo weniger Fahrten stattfinden, seien die Betriebskosten niedriger. Im weiteren Verlauf teilt Kreisrat Dassler mit, die FDP-Kreistagsfraktion halte es für sinnvoll, die Lage neu zu bewerten und zusammen mit einem L-Ast auch den Ostast fortzuführen. Die endgültige Entscheidung sollten jedoch nochmals die Bürgerinnen und Bürger treffen. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion Nussel plädiert für die vorgeschlagene schrittweise Vorgehensweise des Landrats. Die Verwaltung müsse nun im weiteren Prozess die nötigen Schritte klären, damit diese für die Bürgerinnen und Bürger klar und transparent zur Verfügung stehen. Der Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Hirschmann weist darauf hin, dass der Ostast 2015 in Uttenreuth geendet hätte. Nun werde dieser über den Landkreis Forchheim hinaus fortgeführt. Dies sei sehr viel attraktiver. Sehr positiv sei die positive Haltung des Landkreises Forchheim. Nicht zustimmend äußert sich der Fraktionsvorsitzende der AfD-Kreistagsfraktion Beßler. Eine Straßenbahn sei nach Ansicht der AfD-Kreistagsfraktion kein in die Zukunft gewandtes Verkehrsmittel. Der Ostast habe für den Landkreis Erlangen-Höchstadt keinen entscheidenden Vorteil zu bieten. Die Bevölkerung im östlichen Landkreis orientiere sich sehr viel in Richtung Stadt Nürnberg. Nachteile der StUB würden nicht benannt. Mit der Planfeststellung einer Straßenbahn seien erhebliche Beeinträchtigungen im Stadt- und Landschaftsbild verbunden. Klimaschützer forderten eine CO_2-Reduzierung und ließen die CO_2-Belastung beim Bau einer defizitären Straßenbahn außer Betracht. Für die AfD-Kreistagsfraktion fordert daher Kreisrat Beßler einen Stopp der StUB und stattdessen die Elektrifizierung und den Ausbau des Busverkehrs im Landkreis. Am Ende sollen jedoch auch nach Ansicht der AfD-Kreistagsfraktion die Bürgerinnen und Bürger befragt werden. Fraktionsvorsitzender der JU-Kreistagsfraktion Stopfer verweist hinsichtlich der CO_2-Bilanz auf den entsprechenden Saldo in den Unterlagen zur gesamtwirtschaftlichen Bewertung. Demnach könnten mit der StUB rund 5000 t CO_2 eingespart werden. Mit dem Bau der StUB könnten große Investitionen in den Landkreis geholt werden. Im weiteren Verlauf der Diskussion teilt Kreisrat Reinhart

mit, die LÖP stimme dem Beschlussvorschlag zu. Aus volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht könne mit der StUB ein effizienter Nahverkehr gestaltet werden. Die demokratische Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2015 werde sehr ernst genommen. Zwischenzeitlich stattgefundene gravierende Veränderungen, hin zu einem ökologischen Bewusstsein, ergeben andere Entscheidungsgrundlagen. Es bestehe hoher Handlungsdruck, zumal wenn der Realisierungszeitraum zwei Jahrzehnte beanspruche.

Landrat Tritthart macht zum Vorschlag der AfD-Kreistagsfraktion deutlich, dass der Landkreis mit rund 6 Mio. € bereits jetzt erheblich und wie noch nie zuvor in den ÖPNV und damit in das landkreisweite und landkreisübergreifende Bussystem investiert.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landrat und die Verwaltung werden trotz des Ergebnisses des Bürgerentscheides 2015 beauftragt, mit dem Zweckverband „Stadt-Umland-Bahn Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach“, dessen Verbandsmitgliedern sowie dem Landkreis Forchheim in Verhandlungen einzutreten, um die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für eine Beteiligung des Landkreises Erlangen-Höchstadt zur Vorbereitung der Aufnahme des StUB-Ostasts (Erlangen – Eckental-Eschenau) in den Fördermittelzuschussantrag des Zweckverbands StUB zu klären.

2. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen sollen deren Auswirkungen auf einen Höchstadt-Ast unabhängig davon eruiert werden.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen **Ja: 53 Nein: 3 Anwesend: 56**

2.2. Antrag der Freien Wähler-Kreistagsfraktion vom 30.12.2020; Aushändigung und Vorstellung der Nutzen-Kosten-Untersuchung unter Einbeziehung des Ostastes vom März 2020

Der von der Kreistagsfraktion der Freien Wähler im Antrag vom 30.12.2020 genannte Kurzbericht „Stadt-Umland-Bahn Erlangen - Nutzen-Kosten-Untersuchung unter Einbeziehung des Ostastes“ der Intraplan Consult GmbH vom 20.03.2020 sowie die Nutzen-Kosten-Untersuchung Stadt-Umland-Bahn unter Einbeziehung des Ostastes vom 24.07.2020 wurde den Mitgliedern des Kreistages zur Verfügung gestellt. Diese Unterlagen sind der Niederschrift nochmals als Anlage beigefügt. Mit den ergänzenden Erläuterungen durch den Geschäftsleiter des Zweckverbandes StUB Große-Verspohl zum vorherigen Tagesordnungspunkt erklärt Kreisrat Schölkopf für die Kreistagsfraktion der Freien Wähler, auf nochmalige Nachfrage durch den Landrat, dass sich der Antrag entsprechend der vorherigen Beratung unter TOP 2.1 erledigt hat.

3. Bundesstraße 2, Ortsumgehung Forth (Markt Eckental); Mögliche Anbindung der Kreisstraße ERH 9 an die geplante Ortsumgehung (B2)

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage zur Verfügung.

Landrat Tritthart weist eingangs auf den im Rahmen der Kreisausschusssitzung am 14.12.2020 formulierten Empfehlungsbeschluss an den Kreistag hin. Im Weiteren begrüßt Landrat Tritthart den Vertreter des Staatlichen Bauamtes Kiesel-Peiker und

bittet, das Projekt im Rahmen einer Präsentation vorzustellen und zu erläutern. Dies sei bereits im Markt Eckental und in der Kreisausschusssitzung am 14.12.2020 geschehen. Landrat Tritthart teilt dazu mit, dass sich der Markt Eckental für eine Anbindung der Kreisstraße ERH 9 an die Ortsumgehung Forth ausgesprochen hat. Im weiteren Verlauf stellt Herr Kiesel-Peiker das Projekt in einer Präsentation vor, die dieser Niederschrift beigelegt ist. In seinen Ausführungen zur Gegenüberstellung der Kosten erklärt er, deren momentaner Stand beruhe auf einer Kostenschätzung. Eine vertiefte Kostenermittlung mit detaillierten Ergebnissen, basierend auf fiktiven Entwürfen, werde erst nach einer Entscheidung des Landkreises erarbeitet. Die derzeit für den Landkreis zu tragenden Kosten in Höhe von rund 1 Mio. € können sich daher auch noch ändern.

Landrat Tritthart geht im Weiteren auch auf die Beratung im Kreisausschuss am 14.12.2020 ein und erklärt, in den Beschlussvorschlag sei alternativ auch eine Ampel statt eines Kreisverkehres zur Prüfung aufgenommen worden, da dies unter Umständen weniger Kosten und Flächenverbrauch verursachen würde. Auch müsse die Frage der Kostentragung aufgegriffen werden, da sich in ähnlichen Fällen andere Gemeinden an den Kosten beteiligt hätten. Hierzu seien Gespräche mit dem Markt Eckental zu führen. Die Anbindung diene im Wesentlichen auch der weiteren Entwicklung der Wohnbebauung entsprechend dem Flächennutzungsplan des Marktes Eckental.

In der anschließenden Beratung wird das Für und Wider einer Anbindung der Kreisstraße ERH 9 an die Ortsumgehung Forth vorgetragen. Einerseits könne nicht für alle Bürgerinnen und Bürger in Eckenhaid eine Entlastung erreicht werden. Trotzdem ziele die Anbindung darauf ab, aus den Wohngebieten den Schwerverkehr herauszuhalten. Das enge Nadelöhr an der Kurt-Schumacher-Str. sei entscheidend für die weitere Entwicklung und müsse planerisch gut gelöst werden. Kreisrat Bachmayer weist auf die Bürgerinitiative sowie den Bund Naturschutz hin, die die Planung verhindern wollen. Die Entlastungswirkung werde bezweifelt und zudem sei durch die Höhenlage der Trasse eine höhere Lärmbelastung zu erwarten. Kreisrat Bachmayer hinterfragt weiterhin kritisch, ob die derzeit geschätzten Kosten in Höhe von rund 1,1 Mio. € ausreichen werden. In weiteren Wortmeldungen der Kreisräte Schölkopf, Gubo und Marschall wird deutlich, dass die Frage der Anbindung auf örtlicher Ebene sehr kontrovers diskutiert wurde und noch wird. Bereits vor Jahren sei eine mehrheitliche Entscheidung zugunsten einer Ortsumgehung getroffen worden, mit dem Ziel die Bürgerinnen und Bürger in Forth nachhaltig zu entlasten. Die Bürgerinnen und Bürger würden nun darauf warten. Für einen Kreisverkehr spreche, dass dieser den Verkehr, wenn auch verlangsamt, aber unabhängig von Betriebszeiten, stets fließen lasse. Eine weitere ablehnende Haltung wird mit Hinweis auf die wenig frequentierte Ortsanbindung Heroldsberg-Mitte und aus Lärmschutzgründen formuliert.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt nimmt den Beschluss des Marktes Eckental vom 01. Dezember 2020 zur Kenntnis.

2. Es ist das Ziel des Landkreises, dass die Kreisstraße ERH 9 gemäß des Beschlusses des Marktes Eckental an die geplante Ortsumgehung Forth (B2) angebunden wird. Mit dem Freistaat Bayern und dem Markt Eckental ist im Vorfeld einer endgültigen Entscheidung, insbesondere hinsichtlich der Kostentragung und der Art des Bauwerkes (Ampel/Kreisverkehr), nochmals zu verhandeln.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen **Ja: 45 Nein: 11 Anwesend: 56**

4. Investitionsplanung 2021 - 2024 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie die Investitionsplanung 2021 – 2014 für den Straßen-, Brücken- und Radwegebau vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Tritthart verweist auf die deutlichen Schwerpunkte der Investitionsplanung für die nächsten Jahre im Hinblick auf den Ausbau des Radwegenetzes im Landkreis. Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Erneuerung der Brückenbauwerke im Zuge des Ausbaus der BAB A 3. Auch diese führe zu einer deutlichen Verbesserung der Situation, insbesondere auch für den Fahrradverkehr.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Vom Vortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen und es besteht Einverständnis mit der vorgenannten Investitionsplanung für:

Kreisstraßen-, Brücken- und Radwegeausbau:
Die veranschlagten Kosten betragen

für die Haushaltsjahre 2021 - 2024	11.935.000,00 €
der Finanzbedarf wird ermittelt mit	6.495.000,00 €

Die Maßnahme ERH 16 Brücke über die BAB A3 bei Neuhaus mit Geh- und Radweg (HHSt 1.6527) wird als absolut vorrangig in die **Priorität 1** für das Jahr 2021 eingestuft.

Für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 sind die anteiligen Kosten einzuplanen; die Vorlage „Investitionsplanung 2021 bis 2024“ ist Bestandteil des Beschlusses. Die Verwaltung wird beauftragt, die Prioritätenliste / Investitionsplanung jährlich fortzuschreiben.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 55 Nein: 0 Anwesend: 55**

5. Dienststelle des Landratsamtes in Höchstadt a. d. Aisch; Vorstellung des Gutachtens zur Machbarkeit einer Generalsanierung im Vergleich zu einem möglichen Neubau und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie der Wortlaut des Empfehlungsbeschlusses aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 14.12.2020 vor.

Landrat Tritthart führt dazu aus, im Zuge der Entscheidungen für einen Neubau des Landratsamtes in Erlangen hat der Kreistag die weitere Zweihäusigkeit des Landratsamtes in Erlangen und Höchstadt a. d. Aisch bestätigt. Nach dem Neubau in Erlangen sollten demnach auch die notwendigen Erhaltungs-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Dienststelle in Höchstadt a. d. Aisch durchgeführt werden. Der Ferienausschuss habe in seiner Sitzung am 27.04.2020 unabdingbar notwendige Maßnahmen für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes an der Dienststelle des Landratsamtes in Höchstadt a. d. Aisch beschlossen. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, mit Hilfe eines Architekturbüros die weiteren Bauunterhaltsmaßnahmen in einer Gesamtschau unter monetären und energetischen Gesichtspunkten, der Barrierefreiheit und Bürgerfreundlichkeit, aber

auch vergleichbarer, moderner und adäquater Arbeitsplätze für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu untersuchen.

Landrat Tritthart begrüßt die Architektin Sophie Bermüller vom Architekturbüro Bermüller + Niemeyer Architekturwerkstatt GmbH, die die Ergebnisse im Rahmen einer Präsentation vorstellen wird. Landrat Tritthart nimmt vorweg Stellung und spricht sich deutlich für einen Neubau der Dienststelle in Höchstadt a. d. Aisch aus. Eine Sanierung käme nahezu ebenso teuer, es könnten jedoch nicht mehr alle Arbeitsplätze untergebracht werden, so dass eine zusätzliche Anmietung oder ein Ersatzbau für mindestens 47 Arbeitsplätze erforderlich werden würde. Der Zwang zum Handeln werde durch die Fotos in der folgenden Präsentation eindrücklich dokumentiert und deutlich. Architektin Bermüller stellt in ihrer Präsentation zunächst die Architekturwerkstatt GmbH vor und geht danach auf den Bestand des Schlossgebäudes aus dem 11. Jahrhundert, den Anbau aus den 1960er Jahren und den darin vorgefundenen Ist-Zustand ein. Anschließend erläutert Architektin Bermüller die Kosten und stellt die Sanierungskosten den Neubaukosten in einer Gesamtkostenzusammenstellung gegenüber. Unter Berücksichtigung der notwendigen Gesamtinvestition und im Hinblick auf eine möglichst langfristige Nutzung mit hoher Flexibilität wird im abschließenden Fazit der Variante des Neubaus mit Gesamtkosten in Höhe von rund 10,139 Mio. € gegenüber der Sanierung mit Gesamtkosten in Höhe von 10,228 Mio. € der Vorzug gegeben. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Landrat Tritthart plädiert dafür, nun mit einem Neubau in Höchstadt a. d. Aisch eine zukunftsweisende Entscheidung zu treffen. Die Landratsämter erhalten immer mehr Aufgaben, so dass die Mitarbeiterzahl weiterhin ansteigt. Derzeit gebe es sowohl in Erlangen als auch in Höchstadt a. d. Aisch keine Reserveräume mehr. Bei einem Neubau können u.a. Themen wie Barrierefreiheit, Lüftung sowie die notwendige Anzahl adäquater Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen habe sich bereits der Kreisausschuss am 14.12.2020 einstimmig für einen Neubau ausgesprochen.

Im Rahmen der weiteren Beratung wird in verschiedenen Wortmeldungen übereinstimmend für einen Neubau plädiert. Kreisrat Brehm teilt in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Höchstadt a. d. Aisch mit, diese werde ein innenstadtnahes Grundstück für einen Neubau anbieten und bedankt sich für die detaillierten und sachkundigen Ausführungen. Mehrfach wird hervorgehoben, dass ein Neubau ökologische und energetische Standards einhalten müsse. Holzbau ggf. auch Lehmbauweise und ein ökologischer Innenausbau müssen von Anfang an bei den Planungen mit in Betracht gezogen und für eine Entscheidung dargestellt werden. Auf Nachfrage erklärt Architektin Bermüller die Preiskalkulation basiere auf den Kosten für ein Standardbürogebäude. Bei Holz- bzw. Lehmbau müsse mit ca. 15 % Mehrkosten gerechnet werden. Homeoffice-Regelungen werden hinsichtlich einer flexiblen Raumnutzung konzeptionell berücksichtigt. Abschließend stellt der Fraktionsvorsitzende der CSU-Kreistagsfraktion Nussel fest, dass sowohl Holz- als auch Ziegelbauweise von Anfang an planerisch mit zu untersuchen und beide Möglichkeiten zur Entscheidung im Kreistag darzustellen sind.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt strebt zur künftigen Unterbringung der Dienststelle des Landratsamtes in Höchstadt a. d. Aisch die Errichtung eines neuen Amtsgebäudes auf einem anderen Grundstück an.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Errichtung eines Neubaus für die Dienststelle Höchstadt a. d. Aisch zur Vorbereitung weiterer

Entscheidungen der Kreisgremien planungsrechtlich, bautechnisch und finanziell vorzubereiten.

3. Mit der Stadt Höchstadt a. d. Aisch sollen Gespräche bezüglich eines möglichen Grundstückes im Stadtgebiet Höchstadt a. d. Aisch geführt werden.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 53 Nein: 0 Anwesend: 53**

6. Abschluss einer Abstimmungs- und einer Nebenentgeltvereinbarung mit den Dualen Systemen

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage mit dem Entwurf einer Abstimmungsvereinbarung sowie einer Nebenentgeltvereinbarung vor. Die Vereinbarungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Rahmen der Beratung äußert Kreisrätin Müller-Schimmel die Ansicht, der gelbe Sack sei aus Gründen des Umweltgedankens nicht mehr zeitgemäß und deshalb der gelben Tonne der Vorzug zu geben. Landrat Tritthart verweist auf den zu Grunde liegenden Beschluss des Kreistages, am gelben Sack festzuhalten.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt schließt die beiliegende Abstimmungsvereinbarung, wie sie im Entwurf Gegenstand der Beratung war, ab.

2. Der Landkreis Erlangen - Höchstadt schließt die beiliegende Nebenentgeltvereinbarung, wie sie im Entwurf Gegenstand der Beratung war, ab.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 52 Nein: 1 Anwesend: 53**

II. Nicht öffentliche Sitzung

……

Erlangen, 19.01.2021

Alexander Tritthart
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtsrätin